

Das Königreich Bhutan auf der EXPO

von E.C. Wolf

Auf der EXPO in Hannover präsentiert sich Bhutan, das letzte Königreich absoluter Erbmonarchie im Himalaya, von seiner besten Seite. Doch über über die Tatsache, daß die königliche Regierung von Bhutan seit dem Jahr 1989 willkürlich und gewaltsam ungefähr 120.000 Menschen, das sind 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, aus dem Land getrieben hat, erfährt der Besucher nichts. Diese Menschen warten seit über zehn Jahren in von der UN bewachten und finanzierten Flüchtlingslagern im Süden des Nachbarlandes Nepal und kämpfen bisher vergeblich für ihre Wiedereinbürgerung. Bhutan hat sich laut amnesty international und anderer Menschenrechtsgruppen im Verlauf dieser ethnischen Säuberung in den letzten zehn Jahren derart eklatanter Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht, daß es befremdend anmutet, wenn Bhutan sich ethisch unhinterfragt auf einer Weltausstellung präsentieren darf.

Das Königreich Bhutan liegt in den südlichen Ausläufern des Himalaya oberhalb von Indien und unterhalb von Tibet (China). Seit 1907 herrscht in vierter Generation - heute König Jigme Singye Wangchuck - eine Erbmonarchie. In der vorherigen Theokratie waren weltliche und geistige Macht wie im Nachbarland Tibet nicht getrennt.

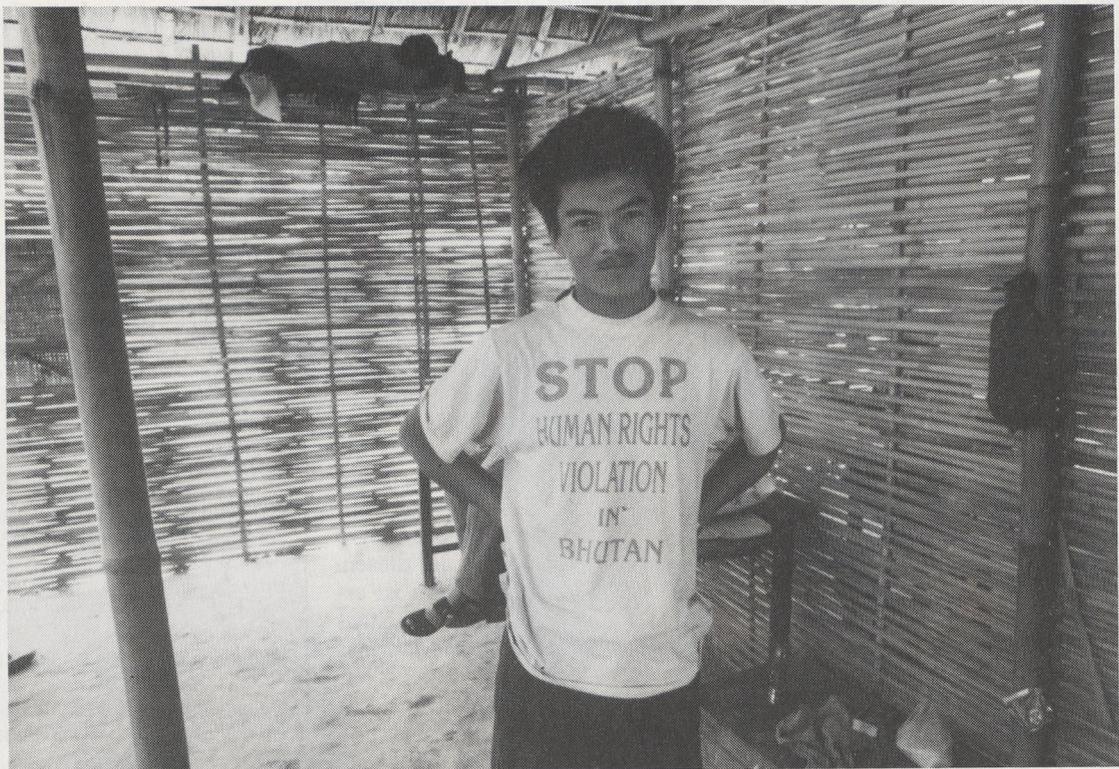
In Bhutan lebten seit Jahrhunderten verschiedene Ethnien, verschiedene Sprachen, Kulturen, Religionen in einer friedlichen Koexistenz. Und alle heute machtbefugten Ethnien - Lhotshampas, Sarchops und Ngalongs - sind historisch eingewanderte Ethnien. Aber Bhutan lebte auch seit Jahrhunderten in einer relativen Abgeschlossenheit. Erst ab dem Jahr 1960, als mit Hilfe von Indien die

erste Straße im Land gebaut wurde, machte Bhutan in Jahrzehnten Modernisierungsschritte, wozu andere Länder Jahrhunderte brauchten. Es wurde die Leibeigenschaft abgeschafft, Strom und Geld eingeführt, erst 1974 öffnete sich das Land für den Tourismus und 1999 wurde staatliches Fernsehen eingeführt.

Im Jahre 1989 gab es jedoch im "Land des friedvollen Drachens" - wie Bhutan sich im internationalen Tourismusmarketing gerne selbst bezeichnet - eine politische Zäsur. Seit diesem Jahr trieb die königliche Regierung durch verschiedenste Formen von Gewalt und Folter, Gefängnis und Tod, über 120.000 Südbhutaner aus dem Land. Doch wie kam es dazu?

Gemäß kritischen Stimmen aus Bhutan

und aus Menschenrechtsgruppen der Flüchtlingslager in Nepal kamen als auslösende Momente zu dieser Zeit zwei entscheidende Wirkfaktoren zusammen. Einerseits erreichte in Nepal, dem indirekten, westlichen Nachbarland Bhutans, in den 80er Jahren eine Demokratiebewegung, daß die absolute Macht von König Birendra auf einen Teil einer konstitutionellen Monarchie reduziert wurde. Im Jahre 1980 ergab andererseits eine Volkszählung in Bhutan einen Bevölkerungsanteil der nepalisprachigen Südbhutaner, der Lhotshampas, von 53 Prozent. Der Anteil der Ngalongs (der Ethnie der Machtelite um den König) hingegen betrug nur 16 Prozent. Darüberhinaus wurde in den Jahren davor im ehemaligen Königreich Sikkim - der



Stop Human Rights Violation in Bhutan (Fotos: E.C. Wolf)



Flüchtlinge in einem Camp

direkte westliche Nachbar von Bhutan - durch eine angenommene Einwanderungspolitik und Demokratiebewegung der Nepalis die eigene Bevölkerung langsam zur Minderheit. Schließlich wurde Sikkim zu einem Nepali-dominierten Bundesstaat von Indien. Dies hat Nari Rustomji, ein ehemaliger indischer Berater des bhutanischen Königs als die entscheidenden auslösenden Momente bezeichnet.

Die königliche Regierung von Bhutan war verständlicherweise stark verunsichert. Man befürchtete einen Machtverlust oder, wie es später offiziell hieß, eine kulturelle Überfremdung. In welchem unverständlichem, menschenverachtenden Ausmaß sich jedoch diese Verunsicherung niederschlug, zeigte sich offensichtlich in Strategie und Taktik ihrer Machtpolitik der Folgejahre. Dr. Bhogendra Sharma, der Direktor des Zentrums für Folteropfer in Nepal, nannte sie in Anbetracht dessen, daß die meisten der südbhutanischen Lhotshampas Hindus seien, einen "buddhistischen Fundamentalismus". Ratan Gazmere, ein zwangs-exilierter Biologielehrer, bezeichnete sie als "eine brutale Form der Erhaltung der absoluten Monarchie, der politischen, ökonomischen und militärischen Macht in Familienhand".

Ereignisse

In den Folgejahren von 1980 begann eine in der Geschichte Bhutans nie dagewesene politische Hysterisierung. Es began eine bhutanische Art ethnischer Säuberung, die bis heute außerhalb der Himalayaregion noch immer kaum wahrgenommen wird. Es folgten die entscheidenden Schritte der königlichen Regierung. Im Jahre 1985 wurde ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz eingeführt,

welches die bisherigen Gesetze von 1958 und 1977 außer Kraft setzte. Während es davor ausreichte, daß der Vater Bhutaner war, um bhutanischer Staatsbürger werden zu können, mußten jetzt - und zwar rückwirkend seit 1958 (!) - beide Eltern Bhutaner sein. Und als ausnahmslos einziger Aufenthaltsbeweis wurden Grundsteuerquittungen aus der Zeit vor dem 31. Dezember 1958 eingefordert. Dies hatte zur Folge, daß, wer auch immer diese 30 Jahre alten Quittungen nicht nachweisen konnte, plötzlich kein bhutanischer Staatsbürger mehr und damit staatenlos war. Er hatte das Land zu verlassen.

Diese willkürliche und rückwirkende Gesetzgebung, mit dem Effekt, zahlreiche Menschen in den Zustand der Staatenlosigkeit zu versetzen, war zunächst der Hauptpunkt aller Kritik an der königlichen Regierung. Im Jahre 1988 wurde daraufhin in Anwendung dieses neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes - und zwar nur im Süden des Landes - eine erneute Volkszählung durchgeführt.

Da in Bhutan des Königs Stimme das einzige Gesetz ist, kam jede kritische Stimme ins Gefängnis. Beispielhaft wurde das Schicksal von Teknath Rizal, dem heute 'Nelson Mandela von Bhutan' genannten Begründer der Menschenrechts- und Demokratiebewegung in Bhutan. Alarmiert über eine derart diskriminierende, ethnizistische Politik, schickte Rizal, als offizieller Volksvertreter Südbhutans in der Nationalversammlung, eine Petition an den König, er möge doch wenigstens die 'deadline' von 1958 auf 1985 verschieben. Daraufhin wurde Rizal verhaftet und saß, laut 'amnesty international', seit November 1989 im Zentralgefängnis der Hauptstadt Thimphu in Isolationshaft. Nach zehn Jahren, am 17. Dezember 1999, dem National-

feiertag Bhutans, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Ob wegen seinem verheerenden gesundheitlichen Zustand oder "als strategisches Geschenk an die Vereinten Nationen" - wie es Rakesh Chhetri, ein ausgewiesener, ehemaliger Ministerialbeamter, in der Kathmandu-Post vom 31. Dezember 1999, bezeichnete, sei ungewiß.

Des Volkes Seele fing zu kochen an, als die königliche Regierung 1989 neben dieser Volkszählungspolitik die Politik des "Eine Nation, ein Volk" durchzusetzen begann. Eine sogenannte "kulturelle Einheit" sollte erzwungen werden. Die herrschende Ethnie der Ngalongs zwang der Mehrheit der Bevölkerung - ungefähr 84 Prozent der Gesamtbevölkerung - ihre Sprache, Kleidung, Kultur, Sitten, Tradition, Religion auf. So wurde beispielsweise auch Nepali als Sprache verboten.

Das Unbehagen der Bevölkerung formierte sich. Tägliche Massendemonstrationen begannen. Immer mehr Menschen wurden daraufhin als sogenannte Anti-Nationale (Ngolops) kriminalisiert, inhaftiert oder aus dem Land getrieben. Bhutanisches Militär und Polizei versuchten anfangs die Demonstrationen zu unterbinden. Sie schossen in die Menge - alleine in den ersten Tagen starben so, laut verschiedener Berichte, 19 Menschen. Eine wachsende Hetzjagd begann. Das Militär griff nun den Lhotshampas gegenüber zu allen möglichen Mitteln, um sie außer Landes zu treiben - Belästigung, Gängeln, Bedrohung, Folter und ähnliches mehr. Zuerst waren es die sogenannten anti-nationalen Terroristen, die ausgewiesen wurden, dann auch die Sympathisanten, bis am Ende diejenigen des Landes verwiesen wurden, die lediglich schon Verwandte in den Flüchtlingslagern hatten. Eine der gebräuch-

lichsten, jedoch zynischsten Varianten war diejenige, die Menschen vor ihrer Zwangsexilierung unter Gewaltandrohung einen "freiwilligen Verzicht auf Grundbesitz und Staatsbürgerschaft" unterschreiben zu lassen.

Die Menschen flohen aus Angst vor Gewalt, Folter oder Gefängnis oder sie wurden gewaltsam außer Landes geschafft. Zwischen den Jahren 1990 und 1996 wurden insgesamt mehr als 120.000 zwangsexiliert - vor allem Lhotshampas, Südbhutaner und auch Sarchops (meist Ostbhutaner). Für die unsägliche Gewalt und mutwillige Verwüstung schoben sich die bhutanische Regierung und die Flüchtlinge gegenseitig die Schuld zu.

Rechtfertigungen

Die Interpretationen oder Rechtfertigungen der Massenausweisung liegen, je nach dem Deutungshorizont und Entwicklungsstand der Auseinandersetzung, weit auseinander. Am eindrücklichsten zeigt sich die Entwicklung der Deutung im Wandel des Begriffs für Süd-Bhutaner in Interviews mit König Wangchuck. So nannte sie der König laut 'Kuensel' - der einzigen und von der Regierung kontrollierten Zeitung in Bhutan - vom Dezember 1978 noch "wahre Bürger". 1990 (25.9.), in einem Interview mit der 'Economic Times', Delhi, wurden sie zu einer "Terroristenorganisation, die Autonomie will" und schließlich seit 1991 (17.11.), in einem Interview mit der 'Hindustan Times', Delhi nannte er sie das erste Mal offiziell: "Wirtschaftsmigranten,... die wegen des hohen Pro-Kopf-Einkommens einwandern wollten". In seiner Festrede zum 25-jährigen Regierungsjubiläum am 2. Juni 1999 tauchten die Flüchtlinge sprachlich schließlich gar nicht mehr auf. Es ging nur noch um die beschworene "gross national happiness" (das gesamt-nationale Glück).

Der damalige Innenminister Tshering sprach in einer Broschüre (1993) sogar von einer "demographischen Belagerung von Bhutan" und beschwor "das Überleben von einer bestimmten politischen und kulturellen Einheit" und kam zu der erstaunlichen Einsicht: "Das Flüchtlingsproblem wurde absichtlich von Gruppen von Dissidenten kreierte, um Bhutans Staatsbürgerschaftsgesetz zu vereiteln."

Beispielhaft für die meisten Menschenrechtsinitiativen, welche sich in den Flüchtlingslagern bildeten, faßt die Menschenrechtsgruppe 'Ahura' dagegen ihr Verständnis schon 1993 so zusammen: "Die Entwicklung der Tragödie Bhutans liegt allein in der Entschlossenheit der regierenden Drukpaoligarchie, die Macht zu monopolisieren - politisch, ökonomisch und auch militärisch - und

allen Impulsen von einem natürlichen, entwicklungsgeschichtlichen demokratischen Wechsel, der die Welt heute umtreibt, zu widerstehen. Sie wollen an der absoluten Macht festhalten."

Lage der Flüchtlinge

Laut dem 'Zentrum für Folteropfer Nepal' (CVICT) wurden mehr als 50 Prozent der Flüchtlinge gefoltert. 53 Prozent der registrierten Frauen berichteten von Vergewaltigungen. Die Flüchtlinge erzählten von willkürlicher Verhaftung, Mißhandlung, Folter, Mord, Konfiszierung oder Zerstörung von Land, Eigentum und Dokumenten und von Zwangsunterzeichnung von Formularen sogenannter "freiwilliger Auswanderung" etc. Die Berichte von 'amnesty international' klagen seit 1992 ebenfalls diese massiven und teilweise bis heute in Bhutan anhaltenden Menschenrechtsverletzungen an.

Im isolierten Leben in den Flüchtlingslagern in Nepal gehören Langlewe, Depression und latente bis offene Formen von Gewalt zum Alltag. Viele politische Gruppierungen bildeten sich in den vergangenen zehn Jahren, die sich nach langen Auseinandersetzungen 1997 zur 'Vereinigten Front für Demokratie' (UFD) zusammenschlossen. Die gemeinsamen Ziele sind klar: Wiedereinbürgerung in Bhutan; Demokratisierung der Nationalversammlung, was eine schriftliche Verfassung und ein schriftliches Grundgesetz voraussetzt; und vor allem die Einhaltung der Menschenrechte.

Trotz vielfältigster Formen des Protestes, verschlechtert sich die Situation in den Lagern zunehmend. Das 'Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen' (UNHCR) geht davon aus, daß die Aufrechterhaltung der Flüchtlingslager die internationale Gemeinschaft in den letzten zehn Jahren ungefähr 100 Millionen Dollar gekostet hat. Pater Worky von der Caritasgruppe sprach im Oktober 1999 von einer Müdigkeit der Geberländer. Mittlerweile gäbe es nur noch zweimal am Tag zu essen und nur noch alle paar Jahre neue Kleidung. Die Basisbedürfnisse seien nur noch minimal erfüllt. Eine zunehmende Verelendung der Flüchtlinge scheint allseits hingenommen zu werden.

Bhutans Taktik

Auch wenn die argumentative Angst vor einer kulturellen Überfremdung durch die meist hinduistischen Lhotshampas noch verständlich erscheint, so wirkt doch diese zwangsweise Massenexilierung vor einer von der königlichen Regierung immer wieder propagierten buddhistischen Ethik sehr be-

fremdend.

Kritische Stimmen gehen längst davon aus, daß es der Machelite um König Wangchuck nur um ein Machtpokern und ein Hinhalten der Internationalen Gemeinschaft geht - in der Hoffnung, daß auch weiterhin kein anderes Land ein politisches oder ökonomisches Interesse an einer Lösung des Flüchtlingsproblems hat. Schließlich liegt Bhutan nicht in Europa und nicht in der Karibik, und es gibt dort auch kein Erdöl. Und Indien, die regionale Großmacht, welche entscheidend zu einer Lösung beitragen könnte - da Bhutan noch außenpolitisch gänzlich von Indien abhängig ist - zeigt ausschließlich Interesse an der ökonomischen und militärstrategischen Beziehung zu Bhutan.

Um den strategischen Machterhalt zu legitimieren und die Massenausweisung zu rechtfertigen, setzte die königliche Regierung zuerst auf das Argument der kulturellen Überfremdung und definierte die Lhotshampas einfach als Nepalis, um sie wenig später als Wirtschaftsmigranten zu bezeichnen. Heute scheint die königliche Regierung nur noch auf Zeit zu setzen - in der Hoffnung, die Flüchtlinge mögen sich aus Not schon irgendwo integrieren, wenn die Geberländer die Lager nicht mehr finanzieren.

Weil es der politischen Argumentation opportun erscheint, wurden zuerst aus den bhutanischen Lhotshampas einfach Nepalis gemacht, obwohl dies wissenschaftlich nicht haltbar ist. Zwar mögen sie einst aus Nepal eingewandert sein und die meisten von ihnen sind noch nepalisprachig, doch nur in Bhutan haben sich die Lhotshampas zu einer eigenen bhutanischen ethnischen Gruppe entwickelt - wie übrigens ehemals alle anderen eingewanderten ethnischen Gruppen auch. Und alle heute machthabenden Gruppen sind ehemals eingewandert. Eben dies hat die Ethnologin Johanna Pfaff-Czarnecka von der Universität Zürich bestätigt. In Nepal selbst leben über 50 verschiedene, benannte Ethnien, doch es gibt weder dort noch in Indien ethnogenetisch Lhotshampas. Die Lhotshampas sind somit keine Nepalis, sondern Südbhutaner.

Dann wurden daraus Wirtschaftsmigranten. Doch diesbezüglich fragt das Volksforum für Menschenrechte in Bhutan allerdings zurecht: "Bhutan ist weder ein großes Agrarland, noch gibt es Ölvorkommen, noch ist es ein Industrieland - wie sollte es also Massen von Wirtschaftsmigranten anziehen?"

Gespräche ohne Ergebnisse

In bisher acht bilateralen Gesprächen zwischen den Außenministern von Bhutan und Nepal wurde bisher keine



Flüchtlingskinder

Einigung über den Umgang mit den Flüchtlingen gefunden. Im ersten Gespräch, am 10. April 1993 wurde vom damaligen Außenminister von Bhutan Dawa Tshering hinsichtlich einer eventuellen Wiedereinbürgerung eine Einteilung der Flüchtlinge in vier Kategorien vorgeschlagen - vom fälschlicherweise ausgewiesenen "bona fide"-Bhutaner bis zum Anti-Nationalen, welcher terroristische Anschläge ausgeführt haben soll und damit sein Recht auf Staatsbürgerschaft für immer verwirkt habe. Bis zur 8. offiziellen Gesprächsrunde, vom 13. bis 16. September 1999 war es den Parteien nicht möglich, sich über die Verifizierungsmodalitäten, welcher Flüchtling nun welcher Kategorie zuzuordnen sei, zu einigen. Auch beim aktuellsten, inoffiziellen Treffen auf Sekretärscherebene, vom 12. bis 15. März 2000 in Kathmandu, hat sich nichts daran geändert. Geändert hat sich, daß Menschenrechtler, die während des Treffens für eine Wiedereinbürgerung demonstrierten, in sogenannten Sicherheitsgewahrsam genommen wurden.

Seit April diesen Jahres hat die Menschenrechtsgruppe 'Ahura' in den Flüchtlingslagern eine Datenbank fertiggestellt, mit der nachgewiesen werden kann, daß über 95 Prozent der Flüchtlinge Identitätskarten oder Eigentumsnachweise aus Bhutan besitzen. Die sogenannte Verifizierungsdebatte erweist sich vor diesem Hintergrund nur noch als politische.

Die Strategie von Bhutan ist offensichtlich, wenn überhaupt, dann so spät wie möglich, so wenig Flüchtlinge wie möglich wieder einzubürgern. Seit 1996 wird Bhutan von vielen Seiten eine sy-

stematische Verzögerungstaktik vorgeworfen. So boten 1996 die Niederlande, 1997 die Schweiz und 1999 Norwegen eine Vermittlerrolle zwischen Nepal und Bhutan an. Die Regierung von Bhutan lehnte jedoch jeden Versuch, eine dritte, klärende Instanz einzuführen, ab. Ganz im Gegenteil werden die ehemaligen Ländereien der Vertriebenen im Süden des Landes mit Menschen aus anderen Teilen Bhutans besiedelt. Auch hört in Bhutan die Diskriminierung der Lhotshampas weiterhin nicht auf. So berichtet die 'Kathmadu-Post' vom 30. März 2000, daß erneut Kinder von Lhotshampas in Bhutan nicht zur Schule dürfen, mit der Begründung, daß sie Verwandte in den Flüchtlingslagern hätten. Die bilateralen Gesprächsrunden wurden auf Sekretärscherebene heruntergefahren. 1998 dekretierte der König eine scheinhafte politische Liberalisierung. Dabei wurden in einer sogenannten Kabinettsbildung "nur die Verwandten des Königs ausgetauscht", wie man dies in den Flüchtlingslagern bezeichnete. Rakesh Chhetri, der ehemalige Ministerialbeamte aus Bhutan, nannte diese Schachzüge der königlichen Regierung in der 'Kathmandu Post' vom 12. Februar 2000 "Masche", "Hinhaltetaktik" oder "Augenwischerei für die internationale Gemeinschaft der finanziellen Geberländer". So auch noch die Freilassung von Teknath Rizal, dem Nelson Mandela Bhutans.

Und die Geberländer finanzieren die bhutanische Entwicklungshilfe und die Flüchtlingslager und schauen ansonsten, business as usual, weg.

Da mutet es manche Flüchtlinge mit einem schadenfrohen Augenzwinkern

wie eine Ironie des Schicksals an, daß Bhutan - wie die 'Kathmadu-Post' vom 17. November 1999 und vom 30. März 2000 berichtet - derzeit mit einer großangelegten indo-bhutanischen Militäroperation das größte Sicherheitsproblem, das Bhutan je hatte, zu bekämpfen versucht. Im Jahre 1991 versprach die königliche Regierung den militanten Kämpfern der 'Vereinigten Befreiungsfront von Assam' (ULFA) - dem südlichen, indischen Nachbarbundesland - ein sicheres Rückzugsgebiet auf südbhutanischem Boden, wenn deren Kämpfer helfen sollten, die Lhotshampas zu terrorisieren und zu vertreiben. Im Verlauf der neunziger Jahre haben sich nun an die 50.000 schwerbewaffnete Kämpfer der ULFA in Südostbhutan eingerichtet. Nun drohen sie dem König für den Fall, daß er gegen sie vorgehe.

Aus ehemals friedvollen, südbhutanischen Lhotshampas wollte die königliche Regierung Terroristen machen - nun haben sie sie von anderer Seite bekommen. Wie klagt doch Goethes Zauberlehrling: "Herr, die Not ist groß! Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los".

Und ein Witz, der immer wieder kolportiert wird, verlegt gar den Beginn der Demokratiebewegung in die königliche Familie selbst: der König habe vier Frauen und jetzt 16 Kinder; zusammen also seien sie 21 Personen. In Bhutan gebe es aber nur 20 Verwaltungsdistrikte. So werde also die demokratische Auseinandersetzung in der königlichen Familie selbst beginnen müssen.